Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Filialen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamepetitzeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 50 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 186 — Freitag, den 10. August 1928 — 23. Jahrgang

Die „kranke" Außenpolitik

Die Folgen von Chamberlains Erkrankung

Am 27. August soll in Paris die feierliche Unterzeichnung des Kelloggpaktes stattfinden. Zu diesem Zwecke will der amerikanische Staatssekretär, nach dem dieser Pakt zur Aechtung des Krieges benannt ist, persönlich nach Paris kommen. Briand, der französische Außenminister, der, ohne es zu wollen, die Anregung zu dem Vertrag gegeben hat, hat gewünscht, daß die feierliche Unterzeichnung in der französischen Hauptstadt vor sich gehe. Da 15 Mächte als erstbeteiligte Vertragspartner in Frage kommen, würde Paris am 27. August der hervorragende Treffpunkt der diplomatischen Welt werden können.

Inzwischen aber geschehen Dinge, die die Bedeutung der Vertragsunterzeichnung etwas beeinträchtigen. Auch der deutsche Außenminister Dr. Stresemann hatte seinen persönlichen Besuch in Paris in Aussicht gestellt, ebenso wurde der englische Außenminister Chamberlain erwartet. Letzterer hat nun etwas plötzlich der Welt mitteilen lassen daß ihm der Arzt Ruhe und Schonung seines Körpers befohlen hat und daß er deshalb leider darauf verzichten müßte, nach Paris und im Anschluß daran zur Ratssitzung nach Genf zu fahren. Es ist durchaus möglich, daß der Chamberlainsche Bronchialkatarrh eine größere Hartnäckigkeit zeigt, als es den Diplomaten des Kelloggpaktes und vielleicht auch Chamberlain selbst zurzeit erwünscht ist. Aber das kann nicht verhindern, daß an den Reiseverzicht des englischen Außenministers und seine Vertretung durch den etwas sehr rechtsstehenden Lord Cushendun allerhand Mutmaßungen geknüpft werden, die sich nicht zuletzt auf das Verhältnis von Frankreich und England zur Frage der deutschen Räumung beziehen. Bekanntlich sollen in diesem Punkte zwischen Briand und Chamberlain gewisse Vereinbarungen getroffen worden sein, für deren Vertretung gegenüber den angeblich bereits angekündigten Ansprüchen Stresemanns Chamberlain seine Anwesenheit in Paris nicht mehr für angebracht hält. In diesem Sinne lauten wenigstens vereinzelte Kommentare, die die Chamberlainsche Krankheit für mehr diplomatischer Natur halten. Gegenwärtig ist auch eine endgültige Zusage Stresemanns für einen Besuch in Paris noch nicht eingelaufen. Diese Zurückhaltung wird ebenfalls mit dem unsicheren Gesundheitszustand Stresemanns begründet. Es liegt auf der Hand, daß die Unwißheit darüber, wie die Hauptsignatarmächte des Vertrags in Paris vertreten sein werden, die amtlichen Stellen in Washington gegenwärtig sehr nervös machen muß, so daß es durchaus verständlich ist, wenn bereits angekündigt wird, daß Kellogg selbst vielleicht von einer Reise nach Paris Abstand nehmen werde. Es gibt übrigens in Amerika schon genug Leute, die den Kelloggpakt bekämpfen, indem sie ihm nachsagen, daß eine gute Idee, wie seinerzeit auch die Völkerbundsidee des Präsidenten Wilson, in Paris einer todbringenden Seuche anheimgefallen sei.

Die Einladung ist erfolgt.

Die französische Regierung hat am Dienstag im Auftrage Kelloggs die sieben Locarnomächte und die englischen Dominions offiziell zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes nach Paris eingeladen.

Italien nicht begeistert.

Die Aufnahme des englisch-französischen Marineabkommens in Italien.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet aus Rom: Die italientsche Regierung, der in der vorigen Woche das englisch-französische Marineabkommen durch den britischen und den französischen Botschafter in Rom übermittelt worden sei, habe jetzt ihre ersten Eindrücke mitgeteilt. Rom sei ebenso wie Washington über das vorläufige Kompromiß zwischen London und Paris offenbar nicht begeistert. Es werde namens Mussolinis mitgeteilt, daß der früher in Genf von Italien vertretene Standpunkt unverändert bleibe und daß besonders gegen jegliche Trennung der Frage der Marinerüstungen von der der militärischen Rüstungen Widerspruch erhoben werde.

Ohne Ostlocarno keine Rheinlandräumung!

Der frühere Minister Le Trocquer zur Rheinlandfrage.

Die Wiener „Reichspost" veröffentlicht eine Unterredung eines ihrer Mitarbeiter mit dem Poincaré nahestehenden, früheren Minister Le Trocquer über die Frage der Räumung des Rheinlandes.

„Ich wünsche", so erklärte Le Trocquer, „eine beschleunigte Räumung; allein bedingungunglos kann sie nicht erfolgen. Ich habe zwei Gesichtspunkte im Auge: Die Sicherheit Frankreichs und den allgemeinen Frieden. Meine erste Frage ist: Wie ist die Einstellung Deutschlands zu Polen? Was nun die Bedingungen für die Räumung des Rheinlandes betrifft, so müßten Sie, um eine genaue Antwort zu erhalten, den Außenminister Briand fragen. Nach meiner Auffassung wäre eine Neutralisierung der Bahnen des Rheinlandes unter internationaler Kontrolle, eventuell des Völkerbundes, ein sehr wichtiger Friedens- und Sicherheitsfaktor".

Hierzu bemerkt die „Reichspost": „Deutschland hat aber bei anderen Gelegenheiten eine freiwillige Anerkennung der Ostgrenzen mehrfach abgelehnt. Es gab in diesen Dingen keinen Meinungsunterschied unter den deutschen Parteien. Wenn also tatsächlich ein Ostlocarno als Preis für die Räumung gefordert werden sollte, so besteht nach dem heutigen Stande der Angelegenheit wenig Aussicht für eine Verständigung." Auch eine Neutralisierung der Bahnen ist durchaus abzulehnen.

Der Reichspräsident in Kiel.

Der Reichspräsident von Hindenburg traf gestern nachts mit dem fahrplanmäßigen D-Zug aus Hamburg in Kiel ein und verbrachte die Nacht in seinem Sonderwagen auf dem Hauptbahnhof. Um 7,45 wurde der Reichspräsident durch den Chef der Marinestation der Ostsee, Vizeadmiral Dr. h. c. Raeder und den Stadtkommandanten von Kiel, Kapitän zur See Schumacher, auf dem Bahnhof begrüßt. Zu dem Empfang hatten sich ferner der seit einigen Tagen hier weilende Reichswehrminister Groener und der Chef der Marineleitung, Admiral Zenker sowie zahlreiche hohe Offiziere der Reichsmarine eingefunden.

Nach der Begrüßung verließ der Reichspräsident das Bahnhofsgebäude und begab sich zu Fuß nach dem am Quai liegenden Flottentender „Hela".

Vor dem Bahnhofsgebäude hatte eine große Menschenmenge Aufstellung genommen, die den Reichspräsidenten mit stürmischen Hochrufen begrüßte. Um 8 Uhr trat die „Hela" die Fahrt nach dem in der Außenförde liegenden Linienschiff „Schleswig-Holstein" an, an dessen Bord der Reichspräsident den Schießübungen der Marine auf das Fernlenk-Zielschiff „Zähringen" beiwohnte.

Die Belegschaften der am Hafen liegenden Werften begrüßten den Reichspräsidenten mit Hochrufen, als der Tender die Werften passierte. Die Parade wurde auf Wunsch des Reichspräsidenten allein von dem Segelschulschiff „Niobe" ausgeführt. Als der Tender in Sicht des Linienschiffes „Schleswig-Holstein" kam, wurde der Präsidentensalut abgefeuert.

Der Reichspräsident ging dann auf das Linienschiff über, das nunmehr die Flagge des Reichspräsidenten setzte und alsbald in See ging.

Nach dem Abschluß der Schießübungen kehrte der Reichspräsident abends um sechs Uhr zurück. Auf den Kais hatte sich abermals eine vieltausendköpfige Menge angesammelt. Als der Flottentender „Hela" um 7 Uhr 10 Minuten am Bahnhofskai anlegte, wurde der Reichspräsident von begeisterten Hurra-Rufen empfangen.

Nach kurzen Abschiedsworten an den an Bord zurückbleibenden Chef der Marineleitung Admiral Zenker sowie an den Reichswehrminister, der bis Donnerstag in Kiel verbleibt, verließ Reichspräsident von Hindenburg Kiel mit dem fahrplanmäßigen D-Zuge nach Hamburg.

Gewerbeaufsicht durch das Reich?

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, wird zurzeit im Reichsarbeitsministerium die Frage geprüft, ob es zweckmäßig sei, den Landesarbeitsämtern die Gewerbeaufsicht, die jetzt von den Landesbehörden ausgeübt wird, als neue Aufgabe zu übertragen. Der Reichsarbeitsminister beabsichtigt nach der gleichen Quelle, die Länder um ihre Stellungnahme zu diesem Gedanken zu ersuchen.

Eine deutsch-japanische Arbeitsgemeinschaft.

Eine deutsch-japanische Arbeitsgemeinschaft ist jüngst in Berlin begründet worden. Der Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist die gemeinsame Erforschung der kulturellen, politischen und ökonomischen Probleme Japans und die Verbreitung richtiger Vorstellungen über Japan in der deutschen Oeffentlichkeit. Bei einer am 3. August im japanischen Club in Berlin stattgehabten Eröffnungsfeier sind mit dem japanischen Botschafter zahlreiche deutsche und japanische Mitglieder der deutsch-japanischen Arbeitsgemeinschaft beigetreten.

Dr. Stresemann geht nach Thüringen.

Die Nachricht, daß der Reichsaußenminister Dr. Stresemann an dem für Freitag angesetzten Kabinettsrat teilnehmen wird, ist unzutreffend. Dr. Stresemann wird allerdings in den nächsten Tagen Karlsbad verlassen, um, wie es bereits seit längerer Zeit vorgesehen war, sich noch in Thüringen eine kurze Nachkur zu gönnen. Der Außenminister dürfte entsprechend den bisherigen Dispositionen etwa am 20. August wieder in Berlin eintreffen.

Der ehemalige Großherzog Friedrich von Baden ist heute früh im Alter von 71 Jahren in Badenweiler gestorben.

Stefan Raditsch gestorben.

Was wird in Jugoslawien vor sich gehen?

Stefan Raditsch ist gestern abend 8,55 Uhr in Agram gestorben.

Nach einer Meldung aus Agram hatte sich im Befinden Stefan Raditschs um 7 Uhr abends eine leichte Besserung gezeigt, so daß die Aerzte sich entfernten, und nur die nächsten Familienmitglieder am Krankenlager zurückblieben. Um 8,55 Uhr stellte sich die Verschlimmerung im Befinden des Kranken ein, die nach wenigen Minuten den Tod herbeiführte. Um 11 Uhr abends wurden Extraausgaben der Blätter herausgegeben, und das Publikum umstand in großen Scharen die Redaktionen der Zeitungen, um Neuigkeiten zu erfahren. Zu Ruhestörungen ist es nicht gekommen.

Oestliche Korruption?

Verdächtigungen in der Frage des schwedisch-lettischen Zündholzvertrages.

Das Blatt „Jaunakas Sinas" in Riga veröffentlicht das Faksimile eines Schreibens des schwedischen Zündholztrusts an seinen Rigaer Vertrauensmann Babuß, in dem diesem vorgeworfen wird, er habe dem lettischen Finanzminister Liepins und dem Rechtsanwalt Birsnick vorzeitig 50000 Dollar ausgezahlt, während das lettische Parlament jetzt den Zündholzvertrag nicht ratifizieren wolle. Der Minister erklärt die ganze Angelegenheit für eine Unterstellung; er habe mit niemand irgendeine Unterredung gehabt, auf die sich der Inhalt des Dokuments beziehen könne. Rechtsanwalt Birsnick, der Rechtsvertreter des Syndikats, veröffentlicht ebenfalls ein Dementi.

Kleine politische Nachrichten.

25. Konferenz der Interparlamentarischen Union.

Die diesjährige Konferenz der Interparlamentarischen Union wird vom 23. bis 28. August in Berlin im Reichstagsgebäude stattfinden, und zwar auf Einladung der deutschen Gruppe, die während der letzten Tagung in Paris im August v. Js. vom Interparlamentarischen Rat einstimmig angenommen wurde. Die Eröffnung der Konferenz wird am Donnerstag, den 23. August, vormittags 10 Uhr durch den Präsidenten des Interparlamentarischen Rates Baron Theodor Adelswaerd (Schweden) erfolgen. Die Reichsregierung wird bei dieser Gelegenheit die Teilnehmer der Konferenz offiziell begrüßen. Zurzeit liegen nahezu 700 Anmeldungen zur Teilnahme an der Konferenz vor. Es werden Parlamentarier von 25 Staaten erwartet. Auch der Völkerbund wird auf der Konferenz vertreten sein.

Die Fortsetzung des Kriegshasses ist absurd.

Frank Graves, der Staatskommissar für Erziehungswesen und Präsident der Neuyorker Staatsuniversität, der gleichzeitig Vertreter einiger Sammlungen zum Wiederaufbau der Bibliothek von Löwen ist, ist von Europa zurückgekehrt und erklärte, ein gewichtiger Teil der öffentlichen Meinung Belgiens sei gegen eine Verewigung des Kriegshasses durch die Inschrift. Nachdem die übrigen Universitäten der Welt wieder die Zusammenarbeit mit Deutschland aufgenommen hätten, erscheine die Fortsetzung des Kriegshasses durch die Universität Löwen absurd.

Polnische „Maschinen"sendung für China.

Der norwegische Dampfer „Vaune" ist in der Walfischbay außerhalb der Drei-Meilen-Zone vor Anker gegangen und hat gebeten, ihm 50 Tonnen frisches Wasser zu schicken. Der Kapitän erklärte, er habe „Maschinen in Kisten von Polen nach China" an Bord. Er besitze keine Deklarationspapiere für diese Ware. Die Dokumente würden ihm erst in Port Arthur zugestellt werden.

Amnestie für Dr. Frieders?

Wie die „Vossische Zeitung" aus Weimar berichtet, hat die thüringische Regierung in vertraulicher Sitzung beschlossen, die Weimarer Staatsanwaltschaft anzuweisen, nachzuprüfen, ob die dem ehemaligen Weimarer Staatsanwalt Dr. Frieders zur Last gelegten Vergehen mit unter die von der Reichsamnestie umfaßten Delikte fallen.

Rechtsverwahrung in der Angelegenheit Dr. Frieders.

Der Rechtsvertreter des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders aus Weimar hat in dessen Strafsache wegen Eidesverletzung eine Rechtsverwahrung eingelegt, in der es heißt: „Der Landtag von Thüringen hat beschlossen, das für Dr. Frieders eingebrachte Gnadengesuch der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die thüringische Staatsregierung hat trotzdem dieses Gnadengesuch abgelehnt. Dieser Beschluß der thüringischen Staatsregierung ist verfassungswidrig und daher nichtig. Der Landtag ist der Repräsentant des souveränen Volkes. Durch seinen Mehrheitsbeschluß auf Berücksichtigung des Gnadengesuches ist Dr. Frieders tatsächlich bereits begnadigt. Die Regierung hat durch die Ablehnung des Gesuchs die Ausführung abgelehnt. Nach § 47 der Thüringer Verfassung gehört zu den Befugnissen der Regierung die Ausübung des Gnadenrechtes, nicht das Gnadenrecht selbst, das dem Volk und damit dem Landtag als höchste Instanz verblieben ist. Dem Landtag, der das generelle Begnadigungsrecht ausübt, das Recht zu bestreiten, eine Teilbegnadigung vorzunehmen, entbehrt jedes Sinnes und jeder Berechtigung."

SLUB
Wir führen Wissen.